

# Budgetsanierung: Sparen auf Frauenrücken

Warum Gleichstellung mitbudgetiert werden muss



## Budgetsanierung: Sparen auf Frauenrücken

Österreich muss sparen. Der größte Brocken der Budgetsanierung wird mit Kürzungen bei den Staatsausgaben finanziert – Sparmaßnahmen, die vorrangig private Haushalte treffen. Sie sind es, die das Sparpaket, das die neue Bundesregierung geschnürt hat, hauptsächlich bezahlen: 49 Prozent der Sparpakete 2025-2029 gehen zu Lasten der Haushalte. Etwas mehr als ein Drittel (36 Prozent) kommt von der öffentlichen Hand und nur 13 Prozent des Sparvolumens kommen von Unternehmen ([Momentum Institut, 2025](#)). Gleichzeitig treffen die Konsolidierungsmaßnahmen vor allem eine Gruppe vom Menschen besonders hart: Frauen.

Dass Austeritätspolitik Frauen finanziell stärker belastet, ist nichts Neues: Bereits im Zuge der Finanzkrise 2009 wurde bei öffentlichen Ausgaben und Sozialleistungen der Sparstift angesetzt. Da Frauen stärker auf öffentliche Dienstleistungen und Sozialtransfers angewiesen sind, aber auch vom Jobabbau im öffentlichen Sektor sowie von Lohn- oder Pensionskürzungen stärker betroffen sind, wirkt sich Sparpolitik in genau diesen Bereichen negativ für sie aus. Mit dem aktuellen Budgetentwurf 2025/2026 führt die Bundesregierung diesen Kurs fort und verschärft damit bestehende Ungleichheiten.

Diese Policy Note zeigt, wie und warum die gesetzten Sparmaßnahmen Frauen stärker abstrafft und macht konkrete Vorschläge für eine geschlechtergerechte Budgetpolitik.

### / Sparpolitik trifft Frauen stärker

In vergangenen Krisen hat sich wiederholt gezeigt: Sparpolitik trifft Frauen härter – und verschärft bestehende soziale und ökonomische Ungleichheiten ([Achleitner & Mader, 2023](#)). Nach der Finanz- und Wirtschaftskrise 2009 etwa waren Frauen in mehrfacher Hinsicht betroffen: Einerseits durch Kürzungen im öffentlichen Sektor, wo sie häufig beschäftigt sind, andererseits durch Einsparungen beim Sozialstaat, auf den sie überdurchschnittlich angewiesen sind – sei es in Form von Kinderbetreuung, Pflegeinfrastruktur oder sozialen Transferleistungen.

Besonders augenfällig wurde die geschlechterungleiche Krisenwirkung während der COVID-19-Pandemie. Bereits vor der Krise arbeiteten Frauen häufiger in systemrelevanten, aber schlecht bezahlten Berufen – etwa in Pflege und Betreuung, Reinigung oder Einzelhandel ([Momentum Institut, 2024](#)) – und leisteten zusätzlich den Löwenanteil der unbezahlten Sorgearbeit im privaten Bereich ([Statistik Austria, 2023](#)). Für viele weibliche Beschäftigte (nicht nur in der Care-Branche) bedeutete die Pandemie eine immense Doppelbelastung – abgesehen von einem zusätzlichen gesundheitlichen Risiko und noch herausfordernderen Arbeitsbedingungen, physische und psychische Mehrbelastung, erschwerten auch geschlossene Bildungs- und Betreuungseinrichtungen die Situation für viele im privaten Bereich. Laut Daten der OECD war die Wahrscheinlichkeit, dass Frauen während der Pandemie ihre Arbeitszeit reduzierten oder ganz aus dem Erwerbsleben ausschieden, signifikant höher als bei Männern ([OECD, 2020](#)). Auch in Österreich war das zu beobachten: Frauen und Mütter waren die Lückenfüllerinnen zu Hause, während Pflege-, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen weitgehend geschlossen blieben ([Derndorfer et al., 2021](#)).

Obwohl uns Frauen und Mütter durch die Corona-Pandemie getragen haben, ist die Verteilung der Hilfgelder in dieser Zeit deutlich zuungunsten von Frauen ausgefallen. Eine umfassende Analyse der österreichischen Corona-Hilfsmaßnahmen zeigt: Von den insgesamt 58 Milliarden Euro an staatlichen Unterstützungsleistungen für den Zeitraum 2020 bis 2024 gingen lediglich 42 Prozent an Frauen. Besonders frappierend ist dabei nicht nur der geringere monetäre Anteil, sondern auch der ungleiche

Zugang zur Entscheidungsgewalt über diese Mittel: Nur knapp 40 Prozent jener Personen, die über die Mittelvergabe mitbestimmen konnten – sei es für sich selbst oder stellvertretend für Organisationen – waren Frauen ([Momentum Institut, 2021](#)).

Ein ähnliches Muster zeigte sich in der darauffolgenden Energie- und Teuerungskrise. Frauen sind durch ihre niedrigeren Einkommen, höheren Teilzeitquoten und geringere Vermögen besonders stark von Preissteigerungen bei Wohnen, Energie und Lebensmitteln betroffen gewesen. Sie sind im Vergleich zu Männern deutlich häufiger in den unteren bzw. einkommensschwächeren Fünfteln der Erwerbspersonen einzuordnen und müssen daher einen wesentlich größeren Anteil ihres monatlichen Einkommens für die Deckung von ebendiesen Grundbedürfnissen ausgeben. Im untersten Einkommensfünftel liegt der Frauenanteil bei 58 Prozent, im einkommensstärksten nur noch bei 47 Prozent. Trotzdem zielten viele Anti-Teuerungs- und Entlastungsmaßnahmen der Bundesregierung an ihnen vorbei. Die Verteilungsanalyse zeigt etwa, dass die Abgeltung der kalten Progression Männern überproportional zugutekommt. Da sie im Schnitt besser verdienen als Frauen, profitieren Männer zu 59 Prozent von dieser Maßnahme, Frauen nur zu 41 Prozent ([Budgetdienst, 2024](#)).

Statt auf krisenfeste, öko-soziale und geschlechtergerechte Budgetplanung zu setzen, wiederholt sich aktuell ein altes Muster: Mit dem Doppel-Bundesbudget 2025/26 und dem angekündigten Sparpaket wird erneut auf Konsolidierung zulasten der privaten Haushalte – und dabei insbesondere auf dem Rücken von Frauen und Familien hierzulande gespart. Zahlreiche Maßnahmen im aktuellen Budgetvorschlag treffen jene besonders hart, die ohnehin schon weniger Einkommen haben, mehr unbezahlte Arbeit leisten oder häufiger von Armut betroffen sind.

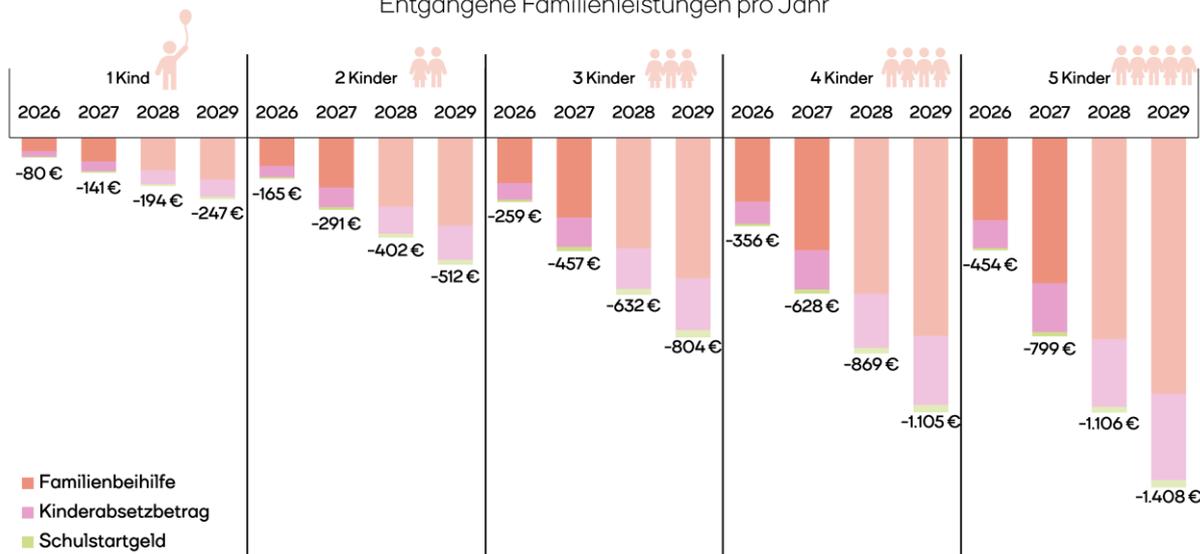
### **/ Valorisierung familienbezogener Leistungen auf Eis gelegt**

Im Rahmen des Sparpakets wird die Inflationsanpassung von einkommensunabhängigen Sozial- und Familienleistungen (Familienbeihilfe, Schulstart- und Kinderbetreuungsgeld, Kinderabsetzbetrag) in den kommenden zwei Jahren ausgesetzt. Die Inflationsanpassung der Sozialleistungen ist eine wichtige sozialpolitische Errungenschaft. Seit Jahrzehnten verlieren die Leistungen Jahr für Jahr immer mehr an Wert. Erst seit Jahresbeginn 2023 gibt es die automatische Anpassung an die Teuerung. Das hat nicht nur Folgen für die Familien selbst. Die Konsequenzen wirken sich auch auf die strauchelnde Wirtschaft aus, denn Familien können sich durch die ausbleibende Inflationsanpassung weniger leisten und konsumieren somit weniger. Die Folgen zeigen sich aber auch auf gesellschaftlicher Ebene, da die Armutsgefährdung steigt.

Aktuell werden die Familienbeihilfe, der Kinderabsetzbetrag und das Schulstartgeld automatisch jährlich an die Inflation angepasst. Geschieht dies nicht mehr, dann verliert eine Familie mit 2 Kindern im Schulalter kommendes Jahr beispielsweise 165 Euro. 2027 ist der Verlust dann schon fast doppelt so hoch. Falls die Regierung die Inflationsanpassung bis zum Ende der Legislaturperiode 2029 aussetzt, betragen die Einbußen für die Familie sogar 512 Euro pro Jahr. Das ist zwar derzeit nicht vorgesehen, aber ein weiteres Sparpaket für 2027 ist aus heutiger Sicht möglich. Je mehr Kinder im Haushalt sind, umso größer fällt der Verlust aus. Frisch gebackene Eltern, die sich für das pauschale Kinderbetreuungsgeld entscheiden, verlieren 2026 bereits 400 Euro, wenn nur ein Elternteil das Karenzgeld beansprucht. Gehen beide Elternteile in Karenz, stehen ihnen 500 Euro weniger zur Verfügung. Gerade für einkommensschwache Familien ist das ein harter Rückschlag, denn bei ihnen geht es um jeden Euro ([Momentum Institut, 2025](#)).

### Wie viel Familien durch die Kürzung der Familienleistungen verlieren

Entgangene Familienleistungen pro Jahr



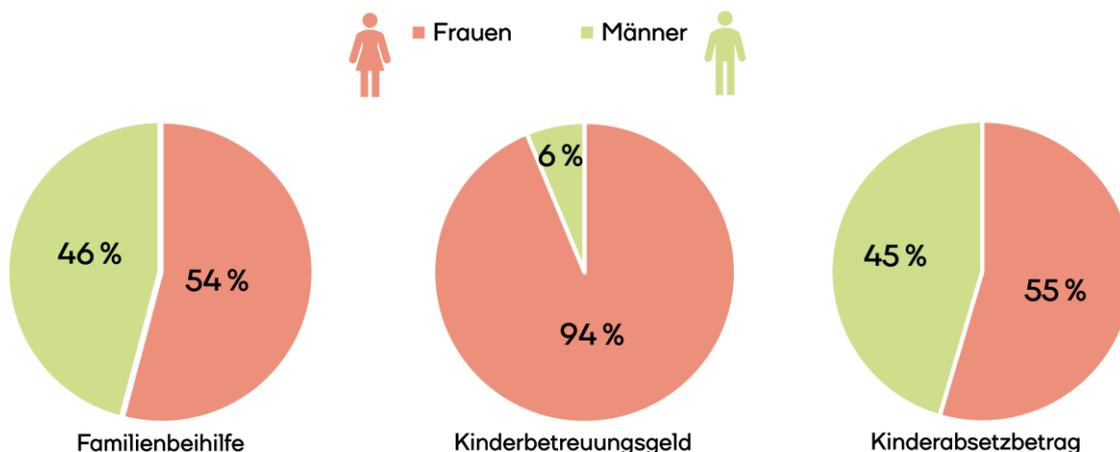
Quelle: WIFO Konjunkturprognose, BKA, eigene Berechnung  
Anmerkung: Familien mit Kindern zwischen 10 und 18 Jahren, davon bis zu 3 Kinder unter 16 Jahren und mit Anspruch auf Schulstartgeld

**MOMENTUM**  
/INSTITUT

Die geplanten Einsparungen durch das Aussetzen der Valorisierung von Sozial- und Familienleistungen treffen vor allem Frauen, weil sie diese häufiger beziehen. Beim Kinderbetreuungsgeld, also beim Karenzgeld, ist der Unterschied besonders deutlich: Da in Österreich vorwiegend Mütter in Karenz gehen, spart die Bundesregierung mit dieser Maßnahme zu 94 Prozent auf Kosten der Frauen. Auch beim Kinderabsetzbetrag und der Familienbeihilfe sind Frauen stärker vom Einfrieren der Leistungen betroffen.

### Frauen treffen Einsparungen bei Familienleistungen deutlich stärker

Anteil der Einsparungen nach Geschlecht



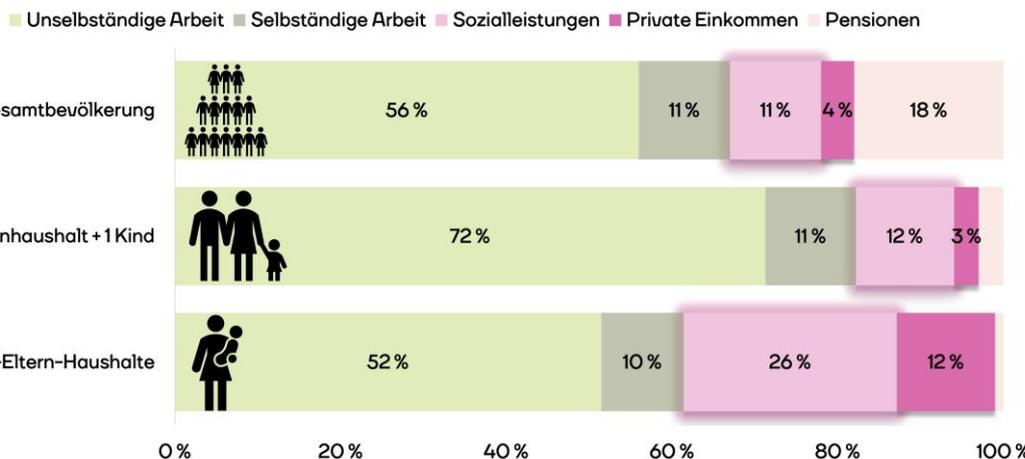
Quelle: SORESI, eigene Berechnung  
Anmerkung: Die Zuordnung zu Frauen bzw. Männern erfolgt nach dem von den Haushalten selbst angegebenen Haushaltsvorstand

**MOMENTUM**  
/INSTITUT

Besonders stark sind Alleinerziehende betroffen. Ihr Einkommen besteht zu mehr als einem Viertel aus Sozialleistungen. Gleichzeitig ist jede dritte alleinerziehende Person armutsgefährdet. Der Großteil (83 Prozent) der Alleinerziehenden sind Mütter – Frauen sind von den geplanten Einsparungen also besonders stark betroffen.

## Sozialleistungen machen mehr als ein Viertel des Einkommens von Alleinerziehenden aus

Anteil der Einkommensquellen am Äquivalenzeinkommen



Quelle: Statistik Austria, EU-SILC 2024

Anmerkung: Anteil der Einkommensquellen am Äquivalenzeinkommen nach soziodemographischen Merkmalen

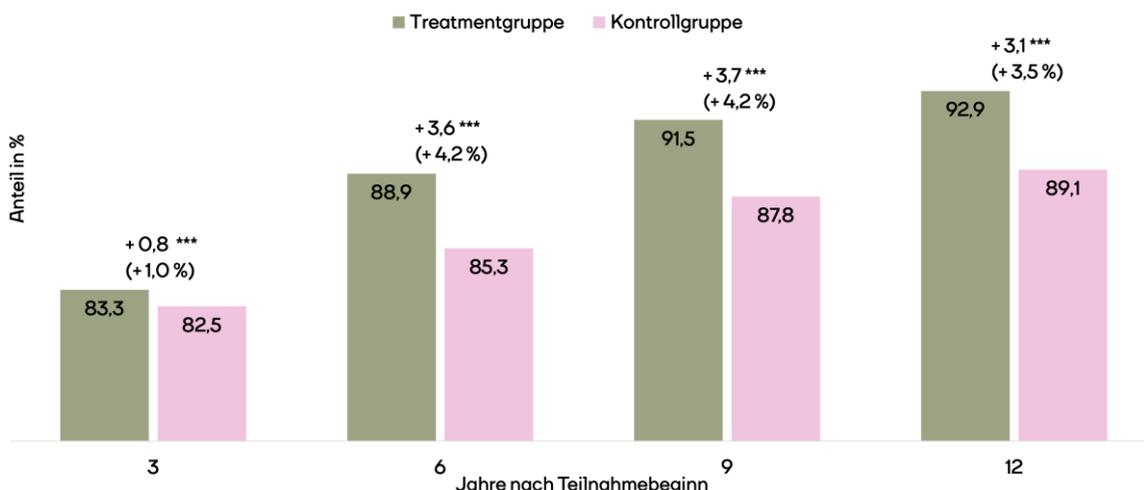
**/// MOMENTUM**  
**/ INSTITUT**

## / Abschaffung der Bildungskarenz

Die Bildungskarenz wird in ihrer aktuellen Form abgeschafft und durch die Weiterbildungszeit ersetzt. Strengere Auflagen sollen Fehlanreize unterbinden, insbesondere bei der Nutzung im Anschluss an die Elternkarenz. Die Kritik: Bildungskarenz wird im Anschluss an die Elternkarenz missbräuchlich vor allem von Frauen verwendet. Empirische Befunde deuten jedoch darauf hin, dass gerade diese Kombination einen positiven Effekt auf die Erwerbsbeteiligung von Frauen hat. Laut einer aktuellen WIFO-Studie sind Frauen, die nach der Elternkarenz in Bildungskarenz wechseln, seltener erwerbsinaktiv – sowohl kurz- als auch langfristig. Ein Jahr nach Beginn der Bildungskarenz liegt der Anteil der Nichterwerbspersonen um 6,2 Prozentpunkte niedriger, nach zwölf Jahren beträgt der Unterschied noch 3,3 Prozentpunkte.

### Bildungskarenz erhöht die Beschäftigung von Frauen

Der Übergang in Bildungskarenz aus Elternkarenz erhöht die Beschäftigungsquoten von Frauen nach der Bildungskarenz



Quelle: AMS, WIFO-Berechnungen, eigene Darstellung

Lesbeispiel: Die Teilnahme nach der Elternkarenz erhöhte die Beschäftigungsquote der teilnehmenden Frauen nach zwölf Jahren um +3,1 Prozentpunkte (von 89,1% auf 92,2%).

**/// MOMENTUM**  
**/ INSTITUT**

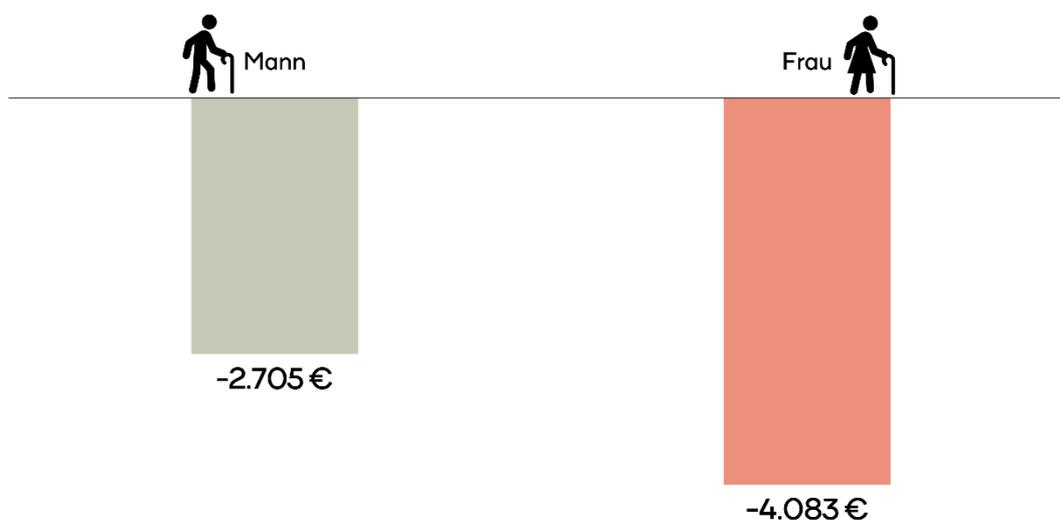
Zudem steigen das Einkommen sowie die durchschnittliche Erwerbsarbeitszeit von Müttern, die eine Bildungskarenz genutzt haben, schneller als bei jenen, die direkt in den Beruf zurückkehren. Diese Ergebnisse legen nahe, dass die Bildungskarenz insbesondere für Frauen eine Rolle bei der nachhaltigen Rückkehr in den Arbeitsmarkt spielt. Ohne angehängte Bildungskarenz würde ein bedeutender Teil der Frauen nach dem Ende Elternkarenz – zumindest vorübergehend – ganz aus dem Arbeitsmarkt ausscheiden, um sich weiterhin der Kinderbetreuung zu widmen. Ihre Abschaffung könnte sich somit langfristig auf die Erwerbsintegration und finanzielle Absicherung von Frauen auswirken. Außerdem: Das Gehalt von Frauen, die im Anschluss an die Elternkarenz in Bildungskarenz gehen, steigt schneller. Ebenso zeigen die Daten: Mütter, die in Bildungskarenz waren, sind danach mehr Stunden erwerbstätig als Mütter, die nach der Elternkarenz direkt wieder in den Job einstiegen (WIFO, 2023).

## / Pensionseinkommen wird für Frauen stärker gekürzt

Ab 1. Juni 2025 steigt der Krankenversicherungsbeitrag für Pensionist:innen – von 5,1 Prozent auf 6 Prozent. Diese Maßnahme soll 2025 rund 400 Millionen Euro zur Konsolidierung beitragen, 2026 dann 700 Millionen Euro. In absoluten Beträgen tragen Besserbezahlte zwar durch höhere Versicherungsbeiträge mehr bei. Aufgrund ihres geringen Einkommens werden höhere KV-Beiträge jedoch gerade für Pensionist:innen mit kleinen und mittleren Pensionen zu einer finanziellen Belastung. Ohne soziale Abfederung würden dadurch rund 6.000 Menschen zusätzlich armutsgefährdet.

Frauen beziehen im Durchschnitt deutlich niedrigere Pensionen und sind häufiger armutsgefährdet. Die durchschnittliche Bruttopension für Pensionistinnen beträgt 1.409 Euro, sie würden durch die Anhebung der KV-Beiträge monatlich 12,68 Euro weniger Nettopension erhalten. Pro Pensionsjahr fehlen dadurch 178 Euro, auf das Leben gerechnet entgehen der durchschnittlichen Pensionistin damit 4.083 Euro.<sup>1</sup> Für einen durchschnittlichen Pensionisten mit einer Bruttopension von 2.374 Euro beläuft sich der Nettopensionsverlust auf 13,80 Euro monatlich und 193 Euro jährlich. Auf das Leben gerechnet entgehen Männern nur rund 2.705 Euro. Damit trifft die Maßnahme insbesondere Frauen mit kleinen Pensionen und erhöht das Risiko von Altersarmut weiter.

### Höherer KV-Beitrag kürzt Pensionseinkommen drastisch



Quelle: Statistik Austria, eigene Berechnung

Anmerkung: Dargestellt wird die Auswirkung einer KV-Beitragserhöhung von 5,1% auf 6,0% auf das gesamte Pensionsvolumen bis zum Lebensende

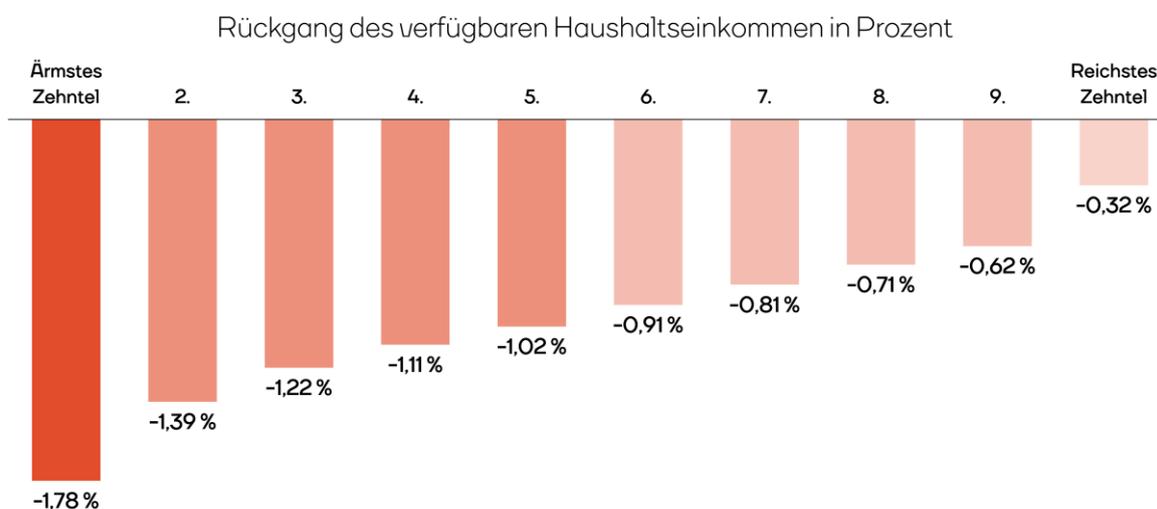
<sup>1</sup> Die SV-Rückerstattung wurde bei der Berechnung nicht berücksichtigt, diese soll zwar leicht erhöht werden, allerdings ist noch nicht bekannt um wie viel. Bei der Pensionistin würde das eine kleine Rolle spielen, beim Mann voraussichtlich nicht.

## / Sparen beim Klima bedeutet Sparen bei Frauengesundheit

Der Klimaschutz gehört zu den großen Verlierern des Sparpakets. Insgesamt wird das Budget für Umwelt, Klima und Kreislaufwirtschaft bis 2029 von 3 auf 0,9 Milliarden Euro zusammengestutzt – nicht einmal jeder dritte Umweltschutz-Euro bleibt erhalten. Der Klimabonus, eine direkte Unterstützung für Haushalte zur Abfederung steigender CO<sub>2</sub>-Preise, ist der größte Brocken der abgeschafften Klimaförderungen. Trotz steigender CO<sub>2</sub>-Preise, bleiben gerade bei ärmeren Haushalten nur die negativen finanziellen Folgen der CO<sub>2</sub>-Steuer übrig. Als Ersatz für den Klimabonus hat die Regierung eine soziale Abfederung versprochen. Geworden ist daraus eine Verdreifachung des Pendler:inneneuros. Arbeitnehmer:innen mit längeren Arbeitswegen bekommen also einen teilweisen Ersatz für den Klimabonus, alle anderen aber nicht.

Der Pendler:inneneuro verringert direkt die Steuersumme all jener, die auch die Pendler:innenpauschale erhalten. Unabhängig davon, ob sie für ihren Weg zur Arbeit das Auto oder öffentliche Verkehrsmittel nutzen. Personen mit hohem Einkommen beziehen schon jetzt im Schnitt deutlich höhere Zuschüsse durch den Pendler:inneneuro. Während Personen mit Bruttojahresbezügen unter 40.000 Euro knapp die Hälfte (45 Prozent) der lohnsteuerpflichtigen Personen in Österreich ausmachen, entfallen auf sie aber nicht einmal ein Viertel der Auszahlungen des Pendler:inneneuros. Durch die angekündigte Verdreifachung der Pendler:innenförderung wird die Schere noch weiter auseinanderklaffen.

### Klimabonus-Abschaffung trifft vor allem Haushalte mit geringen Einkommen



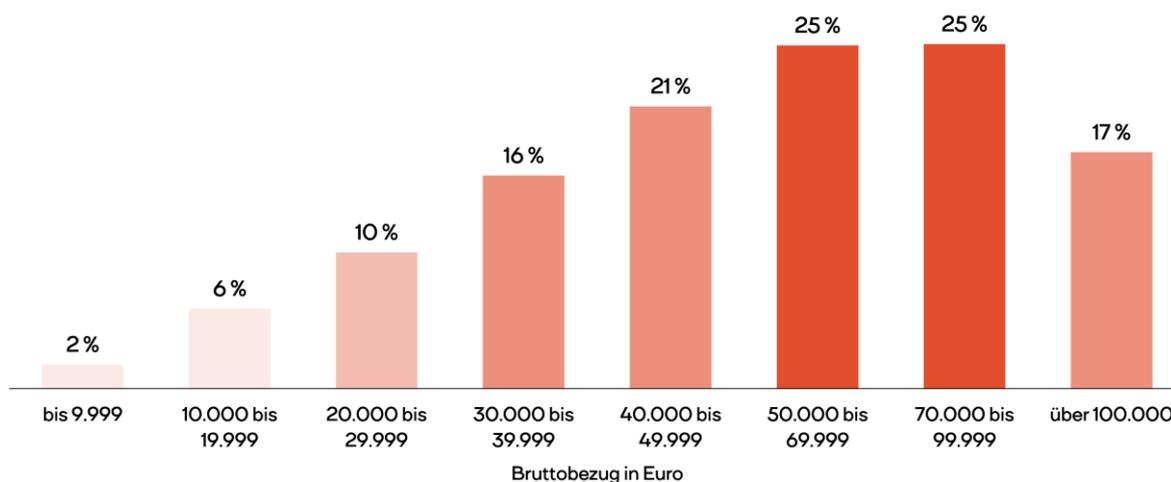
Quelle: EUROMOD, EU-SILC 2022, eigene Berechnung  
Anmerkung: Einkommenszehntel nach verfügbarem Äquivalenzeinkommen.

MOMENTUM  
INSTITUT

In beiden Fällen gilt: Menschen mit niedrigeren Einkommen werden stärker belastet, denn sie sind es, die die Abschaffung des Klimabonus am härtesten trifft und gleichzeitig haben sie die geringste Wahrscheinlichkeit von allen Einkommensgruppen, den Pendler:inneneuro zu beziehen. Besonders für Menschen mit Betreuungspflichten – das sind viel häufiger Frauen, die in schlecht angebundenen Regionen leben und somit auf das Auto angewiesen sind, wäre der Klimabonus eine wichtige finanzielle Kompensation.

## Pendler:inneneuro erhalten vor allem Besserbezahlte

Anteil der Lohnsteuerpflichtigen je Einkommensgruppe, die Pendler:inneneuro beziehen



Quelle: Lohnsteuerstatistik Statistik Austria, eigene Berechnung

Anmerkung: Anteil Fallzahl Pendler:inneneuro an Fallzahl Lohnsteuerpflichtige. Werte beziehen sich auf 2023 und Arbeitnehmer:innen.

Lesebeispiel: 2 Prozent der Lohnsteuerpflichtigen mit Bezügen bis 9.999 Euro beziehen Pendler:inneneuro.

MOMENTUM  
INSTITUT

Doch Sparen bei der Klimapolitik bedeutet nicht nur aus finanzieller Perspektive ein Sparen auf Frauenrücken – sondern auch aus gesundheitlicher Sicht. Denn Frauen sind – ähnlich wie einkommensärmere Menschen – von den Auswirkungen der Klimakrise stärker betroffen. Deutlich häufiger treten gesundheitliche Belastungen als Folge von Extremwetterereignissen, wie verminderte Leistungsfähigkeit, Schlaf- und Kreislaufprobleme, Kopfschmerzen, Migräne, Übelkeit oder Schweißausbrüche bei Frauen auf als bei Männern ([Glantschnigg, 2024](#)).

### / Was fehlt im Budget

Zwischen dem rechtlichen Anspruch, Gleichstellungsziele in jedem Bundes-, Landes- oder Gemeindebudget mitzudenken und mitzubudgetieren, und der Realität klafft eine große Lücke. Es fehlt ein echtes Frauenbudget: Die Mittel des Frauenministeriums bleiben auf niedrigem Niveau und machen weiterhin nur 0,026 Prozent der Gesamtausgaben aus. Weite Teile des Frauenbudgets sind dem Gewaltschutz gewidmet – ein Bereich, in dem der Ausbau angesichts steigender Femizid-Zahlen dringend notwendig wäre. Für andere zentrale gleichstellungspolitische Ziele, etwa die Förderung der Erwerbsintegration von Frauen, die Reduktion weiblicher Altersarmut oder die Umsetzung der EU-Richtlinie zu Lohntransparenz, fehlen hingegen konkrete budgetierte Maßnahmen.

### / Fehlende Investitionen in soziale Infrastruktur

Angesichts der hohen weiblichen Teilzeitquote und der allgemein niedrigeren Erwerbsbeteiligung von Frauen am österreichischen Arbeitsmarkt, mangelt es im Budgetentwurf zudem an Maßnahmen, die die Vereinbarkeit von Beruf und Familie erleichtern. Immer noch wird jede dritte Teilzeitstelle in Österreich durch Betreuungspflichten verursacht und vier von zehn Frauen nennen die Betreuung von Kindern oder die Pflege von Angehörigen als Hauptgrund für ihre Teilzeitbeschäftigung. Damit Frauen und Mütter nicht länger in eine Teilzeitbeschäftigung durch Care-Pflichten gezwungen werden, hätte es massive Investitionen in den Ausbau der aktuell unzureichenden Kinderbetreuungs- und -bildungseinrichtungen gebraucht. Nur jeder vierte Kindergartenplatz außerhalb Wiens ist aktuell mit einer Vollzeitbeschäftigung vereinbar – besonders in ländlichen Regionen (wo auch noch mangelhafte öffentliche

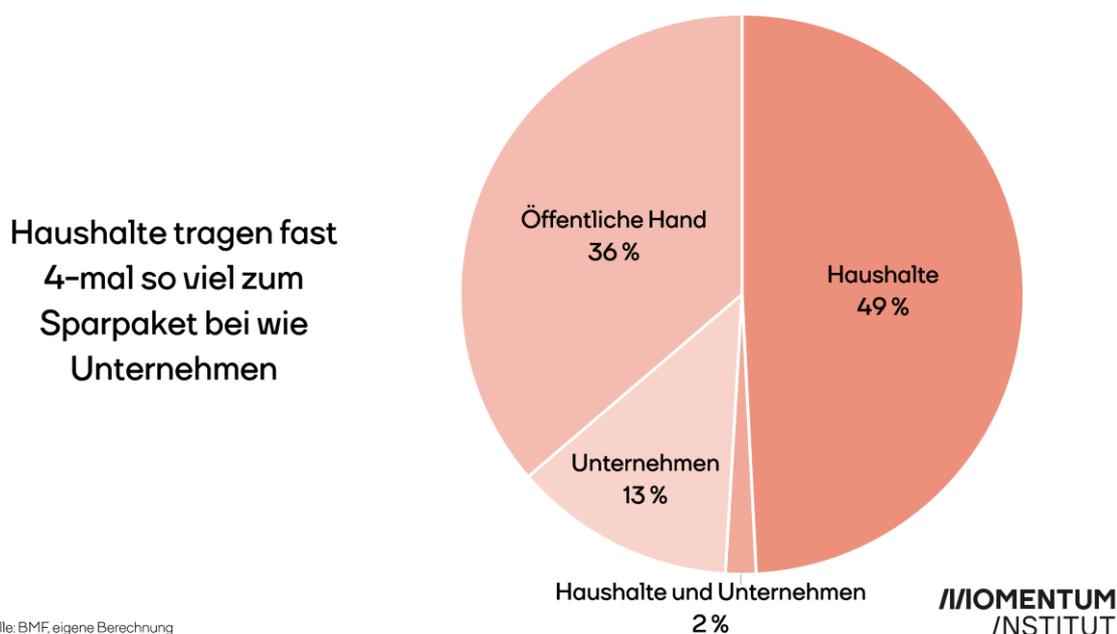
Verkehrsanbindungen hinzukommen) lassen kurze Öffnungszeiten Müttern oft gar keine Wahl. Zwar sind Pilotprojekte wie das zweite verpflichtende Kindergartenjahr oder eine kostenlose Jause budgetiert, doch der Ausbau eines flächendeckenden, ganztägigen und kostenfreien Angebots bleibt aus.

## / Lohntransparenz und Gender Budgeting

Trotz des bekannten Zusammenhangs zwischen zerstückelten weiblichen Erwerbsverläufen und strukturell schlechterer Bezahlung (Gender Pay Gap) und mickrigen Frauenpensionen und Altersarmut fehlen im Budget Maßnahmen, die genau diese Probleme angehen.

## / Alternativen

Alternativen hätte es genug gegeben, nicht auf den Köpfen von Frauen, Familien oder dem Klima zu sparen. Eine Modernisierung der Grundsteuer, Vermögen- und Erbschaftssteuern, höhere Unternehmensteuern, Solidarbeiträge der Spitzenverdiener:innen oder die Krisengewinner zur Kasse zu bitten hätten uns Mehreinnahmen in Milliardenhöhen ermöglicht (vgl. [Policy Brief „5 Maßnahmen für eine faire Budgetsanierung“](#)).



Ein Budget ist nie nur ein technisches Zahlenwerk, vielmehr ist es Ausdruck politischer Prioritäten. Das aktuelle Budget zeigt: Gleichstellung ist kein Ziel, das in Österreich mitbudgetiert wird. Im Gegenteil: Die gesetzten Konsolidierungsmaßnahmen verschärfen bestehende Ungleichheiten bei der Gleichstellung und Geschlechtergerechtigkeit und priorisieren das Sparen zulasten von Frauen und Familien. Die aktuelle Sparpolitik trifft damit jene stärker, die ohnehin weniger haben. Um die finanzielle Last der Budgetsanierung gerechter zu verteilen, braucht es alternative, einnahmenseitige Maßnahmen, die Haushalte weniger belasten und Großkonzerne, Superreiche und Krisengewinner gleichzeitig in die Pflicht nehmen, ihren Beitrag zu leisten.

## Das Momentum Institut empfiehlt:

- / Armutsfeste Sozialleistungen und automatische Valorisierung von familienbezogenen Leistungen (kein Einfrieren der Inflationsanpassung)
- / Existenzsichernde Familienleistungen auch für Alleinerziehende
- / Flächendeckender Ausbau einer qualitätsvollen, kostenlosen Kinderbetreuung
- / Geschlechtergerechtes Nachfolgemodell der Bildungskarenz
- / Effektive Umsetzung der Lohntransparenzrichtlinie
- / Bewusstseinschaffen für die unterschiedliche Betroffenheit der Klimakrisenfolgen für Frauen und Männer
- / Wirkungsorientiertes Gender Budgeting auch in der Praxis umsetzen
- / Einnahmenbasierte Budgetsanierung: Vermögen- und Erbschaftssteuern, Krisengewinner zur Kasse bitten

**Zitiervorschlag:**

Achleitner, Sophie (2025). *Sparen auf Frauenrücken. Warum Gleichstellung mitbudgetiert werden muss.* Momentum Policy Brief 6/2025.

## **/ Kontakt**

**Momentum Institut**

**Märzstraße 42/1**

**1150 Wien, Österreich**

**[kontakt@momentum-institut.at](mailto:kontakt@momentum-institut.at)**

**[www.momentum-institut.at](http://www.momentum-institut.at)**

**/// MOMENTUM  
/ INSTITUT**